

Protokolleintrag vom 04.11.2009

2009/506

Postulat von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Hedy Schlatter (SVP) vom 04.11.2009:

Unterhalt und Sanierung von Strassen, Beschränkung auf die notwendigsten Arbeiten und Verzicht auf Luxuslösungen

Von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Hedy Schlatter (SVP) ist am 04.11.2009 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie notwendige Bauarbeiten für Unterhalt und Sanierung von Strassen und deren Untergrund möglichst schnell auf die effektiv notwendigsten Arbeiten beschränkt werden können. Zusätzlich ist während mindestens fünf Jahren auf "Luxuslösungen" zu verzichten.

Begründung:

Die Schweizer Wirtschaft stagniert, auch in der Stadt Zürich. Die Wachstumsrate ist weiterhin negativ. Der bauliche Strassenunterhalt sowie die Erhöhung des städtischen Beitrags an den ZVV führen zu einer stärkeren finanziellen Belastung. Der integrierte Finanzplan 2010 – 2013 geht von einer deutlichen Verschlechterung der städtischen Finanzen für die nächsten Jahre aus. Das Haushaltgleichgewicht muss dringend wieder hergestellt werden.

Vielorts beobachtete Luxuslösungen beim Strassenbau sind daher unnötig und umgehend zu stoppen. Die aktuell in Mode gekommenen Ausbauten von Quartierstrassen, nicht notwendige Verschiebungen und kaum merkbare Veränderungen resp. Verbreiterungen von Trottoirs, Installation von Trottoirmatten für Bäumchen in bereits begrünten Quartiergebieten, Aufpflasterungen zugunsten von "Wohnlichkeit auf der Strasse", unnötige Aufhebung von Parkplätzen, Begradigungen von Busbuchten oder Verengung von Einfahrten zur Behinderung des MIV usw. sind einzustellen.

Selbstverständlich müssen unumgängliche Unterhaltsarbeiten wie die Sanierung von Belags- und Kanalisationsleitungen etc. weiterhin durchgeführt werden. Aber diese dürfen nicht mehr als Vorwand zur weiteren Ausgestaltung bestehender Strassen missbraucht und zur Realisierung von Veränderungsprojekten werden, wie dies nachweislich an Dutzenden von Baustellen beobachtet werden kann.

Als positiver Nebeneffekt müssen freiwerdende Stellen für Planung und Projektierung in der Verwaltung nicht mehr besetzt werden. Für viele Steuerzahler ist es klar, dass Planungspläne und Phantasieprojekte auch mit reduziertem Personal vermeidbar wären.

Durch die Reduzierung des Wünsch- und Machbaren auf das wirklich Notwendige können ziemlich rasch Millionenbeträge an Steuergeldern eingespart werden.

Mitteilung an den Stadtrat